

Tarmed: Walliser Ärzte verlangen, dass zuerst sauber analysiert wird

Veröffentlicht am: 12. Juni 2017 16:49

Der geplante Tarifeingriff wäre für den Kanton «verheerend», urteilt die VSÄG. Und vor allem gründe er auf schwachen Daten.

Die Walliser Ärzte spüren den Tarifeingriff bereits heute: So jedenfalls sieht es die Ärztesgesellschaft des Kantons VSÄG. Sie geht davon aus, dass die Weigerung der Versicherer, den Walliser Tarmex-Taxpunktwert anzuheben, eine direkte Auswirkung des angekündigten Tarifpakets von Alain Berset ist.

Ohnehin zielen die Walliser Ärzte in einer heute versandten Stellungnahme zum Tarmed-Eingriff stark gegen die Versicherer: Die Kassen verfolgten systematisch das Ziel, die Kosten bei allen medizinischen und paramedizinischen Leistungserbringern zu senken, ohne die Zunahme der Gestehungskosten und weitere kostentreibende Faktoren zu berücksichtigen.

Das relative Schreckgespenst

Mit diesem «Kostensenkungs-Tunnelblick» gefährdeten sie aber das Gesundheitssystem; und das Problem sei, dass Parlament und Bundesrat im selben Boot sitzen. Dabei beruhen die entsprechenden Analysen auf unzuverlässigen Daten. «Wer die Statistiken seriös studiert, wird schnell feststellen, dass das Schreckgespenst „Kostenexplosion“ relativiert werden muss», kommentiert die VSÄG: «Es sind nicht die Gesundheitskosten, die explodieren (diese steigen nämlich seit 20 Jahren linear an), sondern die Krankenkassenprämien!»

Die Auswirkungen der nun geplanten Tarmed-Senkungen und –Umschichtungen für das Wallis wären «verheerend», urteilen die Ärzte also: Mit solchen Tarifen werde man es kaum noch schaffen, neue Ärzte in den Kanton zu holen.

«Seriös, kohärent, umfassend»

Grundsätzlich lehnt die VSÄG die von Gesundheitsminister Alain Berset vorgeschlagenen Massnahmen also konsequent ab. Erst müssten mal die Gründe für die Kostensteigerungen im Gesundheitswesen «seriös, kohärent und umfassend analysiert werden». Dazu gehöre, dass man Faktoren wie die demografischen und epidemiologischen Veränderungen, den medizinischen Fortschritt und die politischen Entscheide berücksichtigt.